

Samhaber, Ernst

**Article — Digitized Version**

## Die Westliche Hemisphäre

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Samhaber, Ernst (1955) : Die Westliche Hemisphäre, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 1, pp. 13-19

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132021>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# ABHANDLUNGEN

## MACHTBLÖCKE DER WELTWIRTSCHAFT

*In diesem Heft setzen wir die im Dezember begonnene Übersicht über die Struktur und die Idee der großen wirtschaftlichen Machtblöcke, die sich in der Welt gebildet haben, fort. Wir glauben, mit dieser Serie von Abhandlungen unseren Lesern ein lebensnahes Bild von den wirtschaftspolitischen Kräften gegeben zu haben, die die Welt beherrschen. Dabei sind wir uns natürlich darüber im klaren, daß jeder Verfasser nur aus seiner eigenen Konzeption heraus schreiben kann und daß man von sehr verschiedenen Standpunkten aus an die Betrachtung der weltwirtschaftlichen Machtverteilung herangehen kann. Wenn es uns aber gelungen ist, mit dieser Übersicht zum Nachdenken über das Kräftespiel und die wirtschaftspolitischen Tendenzen angeregt zu haben, so dürfte damit der Zweck unserer Darstellung erfüllt sein.*

### Die „Westliche Hemisphäre“

Von Ernst Samhaber, Bonn

Die Zusammenarbeit der verschiedenen Republiken des amerikanischen Erdteils hat in den letzten Jahren eine verschiedenartige Entwicklung erfahren; während die militärischen Bindungen immer enger geworden sind, blieben die politischen unverändert, die wirtschaftlichen hingegen leiden unter wachsenden Spannungen und sichtbaren Reibungen.

Als Ausgangspunkt der interamerikanischen Beziehungen dürfen wir die Konferenz von Chapultepec vom Februar 1945 wählen, auf der die Grundlagen für die Zusammenarbeit im künftigen Frieden gelegt wurden. Die Südamerikaner erzwangen von den USA die Zulassung Argentiniens zu den Vereinten Nationen. Alle amerikanischen Nationen, ob sie während des Krieges mehr oder weniger zum Siege der Demokratie beigetragen hatten, sollten nunmehr gleichberechtigt als Mitglieder der „Westlichen Hemisphäre“ anerkannt werden. Unter Führung der USA sollte eine gemeinsame Außen- und Wirtschaftspolitik den Frieden der Welt sichern und die wirtschaftliche Entfaltung des gesamten Erdteils fördern. Die ungeheuren Kräfte, die in den vorangegangenen Jahren aufgeboden worden waren, um den Sieg zu erringen, konnten nunmehr ganz für den Frieden und den wirtschaftlichen Aufbau eingesetzt werden.

#### DER WEG ZUR KRISE

Es zeigte sich jedoch recht bald, wie sehr dabei die Blickrichtung der USA von der Südamerikas abwich. Nordamerika war in Europa gebunden; seine Truppen hielten nicht nur einen wesentlichen Teil des einstigen Deutschen Reiches besetzt, sondern standen auch in fast allen westlichen Staaten, die sie befreit hatten, und selbst in der Sowjetunion hielten sich zahlreiche nordamerikanische Kommissionen und Missionen auf. Noch bedeutsamer waren die finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen, die die USA als Teil der Vereinten Nationen übernahmen, um die Bevölkerung Westeuropas zu verpflegen und ihre Wirtschaft wieder

aufzubauen. Dabei erwarteten die Nordamerikaner, daß die südamerikanischen Republiken ihren Teil an dieser Aufgabe mitübernehmen sollten, indem sie ihre Ausfuhr in den Rahmen der internationalen Ausschüsse eingliederten. Das erste Land, das sich widersetzte, war Argentinien, das seinen Weizen lieber an Außen-seiter lieferte, wie an die reiche Schweiz oder an das verfernte Spanien, dafür aber bessere Bezahlung, teilweise weit über den Weltmarktpreisen, und vor allem bevorzugte Lieferung von Gütern erhielt. Argentinien hat 1945/46 auch eigene Handelsverbindungen mit seinen Nachbarländern angeknüpft, die es den welt-umspannenden Behörden der Vereinten Nationen, die durchweg unter nordamerikanischer Führung standen, nicht unterwerfen wollte. Gestützt auf die großen Vorräte an Weizen, Mais, Wolle und Fleisch, die teilweise noch aus den Ernten der Kriegszeit stammten und die von der hungernden Welt dringend verlangt wurden, konnte Argentinien sich eine großzügige Wirtschafts- und Handelspolitik leisten.

Eine Zollunion mit Chile sollte das reiche Überschußland mit seinen landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit dem erzeichen Nachbarland vereinigen, auf der einen Seite den Markt für die argentinischen Lebensmittel erweitern, andererseits den Ausbau einer chilenischen Industrie fördern. Diese noch auf den Krieg zurückgehenden Absichten konnten wegen des Widerstandes der chilenischen Landwirtschaft nicht verwirklicht werden. Auch die Zusammenarbeit mit Brasilien stieß auf Hemmungen, sobald erst einmal die Nachfrage nach Lebensmitteln in der ganzen Welt durch steigende Erzeugung befriedigt werden konnte. Argentinien hatte sich daran gewöhnt, für seine Güter überhöhte Preise zu fordern, die Nachbarn aber waren nicht bereit, überteuerte Preise zu zahlen. Die angebahte Zollunion und selbst die lockere Zusammenarbeit mit den anderen südamerikanischen Staaten blieben in den verschiedenen Parlamentsberatungen stecken und konnten nicht verwirklicht werden.

Im Mittelpunkt der südamerikanischen Wirtschaftspolitik der Jahre 1948/49 stand das Problem der Dollarlücke. Nur die USA konnten die dringendsten Bedürfnisse der verschiedenen süd- und mittelamerikanischen Staaten befriedigen, die sich vor allem aus der ungenügenden Einfuhr während der Kriegszeit und aus der übermäßigen Abnutzung der Verkehrsmittel, der Industrieanlagen, aus dem Bedürfnis an hochwertigen Industriegütern und an neuen Maschinen und Anlagen ergaben. Noch im Jahre 1946 mochte es wohl so scheinen, als reichten die angehäuften Devisenvorräte der Kriegszeit (in ganz Iberoamerika über 7 Mrd. \$) aus, um alle Wünsche zu erfüllen, ja sogar um die Rückzahlung aller ausländischen Schulden und die Repatriierung der ausländischen Werte, insbesondere der überwiegend britischen Eisenbahnen, zu gestatten.

Das Jahr 1947 hatte in erschreckender Geschwindigkeit die scheinbar unerschöpflichen Gold- und Dollarbestände zusammenschumpfen lassen. Im folgenden Jahre zeigten sich bereits große Schwierigkeiten in der Deckung des Einfuhrbedarfs, und 1949 waren viele Länder im Handelsverkehr wieder an die USA verschuldet. Die Rohstoffpreise gingen an den Weltmärkten scharf herunter, Kupfer sank auf 16 Dollarcenten je lb, das im vergangenen Jahr zu 23 Dollarcenten gehandelt worden war. Argentinien konnte sein Getreide zu den amtlichen Preisen nicht mehr verkaufen. Am glücklichsten waren noch Brasilien und Kolumbien daran, da die Weltmarktpreise für Kaffee sich verhältnismäßig gut hielten. Venezuela blieb mit seinem Erdöl von der Weltmarktentwicklung unabhängig, da die kaufmännische Verantwortung bei den ausländischen Gesellschaften lag und das Land nur die Abgaben erhob, die mit der Steigerung der Ölförderung stiegen.

Insgesamt war die Krise zu Beginn des Jahres 1950 fast unlösbar geworden, als die USA ihre Einfuhren von Rohstoffen und Lebensmitteln drosselten und keine Kredite an Südamerika gaben. Mitten im Aufbau wurde die Einfuhr der unentbehrlichsten Maschinen, Anlagen, der Fahrstühle für die Wolkenkratzer, der Verkehrsmittel für die mächtig anschwellenden Städte, der landwirtschaftlichen Geräte mit Berufung auf den Devisenmangel abgedrosselt. Gegen die dadurch hervorgerufene Krise half auch kein Versuch, den Handel der iberoamerikanischen Republiken untereinander auszubauen. Selbst da, wo die Industrie während des zweiten Weltkrieges und nachher ausgebaut worden war, reichte sie nicht aus, um noch die Versorgung des Auslandes mitzuübernehmen, da ihr zu ihrer Erzeugung Maschinen und Halbfabrikate fehlten und sie kaum den inneren Markt befriedigen konnte.

Mit offener Entrüstung sahen die Südamerikaner, daß die USA im Marshallplan Milliardenbeträge bereitstellten, um Europa zu helfen, während sie ihre Unterstützung für Südamerika auf ein Mindestmaß einschränkten. Die Europäer wurden veranlaßt, ihren Getreidebedarf in Nordamerika zu decken, nicht wie bisher in Argentinien. Der Anteil der USA am Welt-

weizenhandel stieg auf über 60%, während er vor dem letzten Kriege knapp 30% betragen hatte. Leidtragende waren die Südamerikaner. Für sie bedeutete es auch keinen Ausgleich, daß beträchtliche Dollarbeträge des Marshallplanes für den Einkauf von Kupfer in Chile und Peru oder Erdöl in Venezuela bereitgestellt wurden, denn das waren Güter, die sowieso auf dem Weltmarkt glatten Absatz fanden.

Die aufziehende Krise des Jahres 1950 wurde noch einmal durch den Ausbruch des Koreakrieges überbrückt, der nicht nur alle Weltmarktpreise für Rohstoffe und Lebensmittel scharf ansteigen ließ, sondern darüber hinaus wieder allen vorhandenen Vorräten Absatz verschaffte. Mit einem Schlage schienen alle Sorgen geschwunden; sehr bald stellte sich jedoch heraus, daß der aufblühende Optimismus auf irrigem Voraussetzungen beruhte. Die Weltmarktpreise sanken nach einem Jahr wieder scharf ab. Darüber hinaus traten unerwartete Naturkatastrophen ein. Argentinien brachte hintereinander drei schlechte Ernten herein, die das einstige Überschußland sogar zwangen, Weizen einzuführen. Statt von der Weltmarkt Lage Nutzen zu ziehen, mußte die Einfuhr auf ein Mindestmaß gedrosselt werden. Brasilien steigerte seine Industrialisierung in einer Weise, daß binnen dreier Jahre nicht nur die Ausfuhrüberschüsse aufgezehrt wurden, sondern das Land gegenüber dem Ausland in hohem Umfang verschuldet war. Wenige Länder wie Uruguay und Peru konnten die günstige Lage nutzen, um ihre Währung von den Bindungen der Devisenzwangswirtschaft zu befreien. Als 1952 mit dem Abflauen des Koreabooms der Rückschlag kam, als die Weltmarktpreise für Rohstoffe absanken und die Preise für industrielle Fertigwaren anzogen, befanden sich alle süd- und mittelamerikanischen Länder in einer verzweifelten Lage. Ihre in den Jahren der Hochkonjunktur aufgestellten Pläne sahen sich einem Mangel an Devisen und damit an Einfuhrmöglichkeiten für die unentbehrlichen Zulieferungen gegenüber.

Seit 1950 ist für Süd- und Mittelamerika eine entscheidende Wendung eingetreten; Europa, vor allem Deutschland, hat wieder sowohl als Käufer wie als Lieferant an Bedeutung gewonnen. Iberoamerika ist nicht mehr einseitig auf den Bezug nordamerikanischer Industrieartikel angewiesen, ebenso nicht auf den nordamerikanischen Absatzmarkt. Während noch im Jahre 1951 die Bundesrepublik größere Einfuhren aus Iberoamerika empfing als sie dorthin Waren liefern konnte, hat sich das Verhältnis rasch umgekehrt. Binnen weniger Jahre nahmen die Bestellungen der Südamerikaner in Deutschland derart zu, daß neben die Dollarlücke die DM-Lücke trat. Brasilien schuldete 1953 rund 110 Mill. \$ an die Bundesrepublik aus den laufenden Geschäften, und Fehlbeträge von weiteren Dollarmillionen mußten sich aus den abgeschlossenen und noch nicht abgewickelten Geschäften ergeben.

Alle Versuche der Südamerikaner, sich durch eine Verstärkung des innersüdamerikanischen Handels von der Abhängigkeit zu befreien, in der sie sich beim Bezug von Industriegütern gegenüber Nordamerika

und Europa befinden, scheiterten bisher an der einseitigen Entwicklung der Industrie, die fast ausschließlich Verbrauchsgüter und kaum Investitionsgüter herstellt. Gewiß bemühen sich die verschiedenen Regierungen, eigene Schwerindustrien zu schaffen. Brasilien erzeugt heute rund 1 Mill. t Stahl, davon 700 000 t im staatlichen Hochofenwerk von Volta Redonda im Paraibatal. Chile besitzt in Huachipato bei Concepcion ein Stahlwerk mit einer jährlichen Leistungsfähigkeit von über 300 000 t im Jahr. Argentinien plant in San Nicolas Hochöfen, die den eigenen Stahlverbrauch decken sollen. Selbst Venezuela und Peru bereiten den Bau von Stahlwerken vor.

Vorläufig führen jedoch alle diese Absichten nur dazu, daß die Abhängigkeit vom Ausland sowohl in der Belieferung mit Maschinen und Anlagen wie in der Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel noch größer geworden ist. Die finanzielle Krise wie der Devisenmangel haben sich in fast allen südamerikanischen Ländern im Jahre 1954 wesentlich verschärft. In diesem kritischen Augenblick der höchsten Anspannung und des Übergangs zu einer neuen Phase der Industrialisierung sind die südamerikanischen Länder auf die finanzielle Unterstützung des Auslands angewiesen. Verständlicherweise richten sich dabei die Blicke in erster Linie nach Norden, nach Washington.

#### PROBLEMATISCHE HILFE DER USA

Im November 1954 trat im Quitandinha-Palast bei Rio de Janeiro die interamerikanische Wirtschaftskonferenz zusammen, die vorwiegend die Frage behandeln sollte, wie eine wirksame Hilfe gewährt werden könnte. Die Chilenen schlugen vor, eine eigene Bank der Südamerikaner zu gründen, in die alle die Gelder eingebracht werden sollten, die die Südamerikaner selbst bei den verschiedenen internationalen Banken in Washington, vor allem bei der Weltbank und im Weltwährungsfonds, unterhalten. Dann sollte diese Bank, ganz unter der Leitung der Südamerikaner selbst, den unentwickelten Ländern große Kredite gewähren, die dann ihrerseits von den Weltbanken und den Nordamerikanern vorfinanziert werden würden. Dieser Vorschlag ist vom nordamerikanischen Schatzsekretär Humphrey rundweg abgelehnt worden. Als die Südamerikaner versuchten, ihn dadurch unter Druck zu setzen, daß ein nordamerikanisches Kongreßmitglied, das als Beobachter in Rio weilte, ankündigte, der nordamerikanische Kongreß würde die Gelder bewilligen, die von der eigenen Regierung verweigert wurden, reiste Humphrey demonstrativ voreilig ab. Voll Bitterkeit fragte der Vertreter von Ekuador auf der Konferenz, ob sein Vaterland sich von Amerika nach Asien verlagern müsse, um von den Nordamerikanern Hilfe zu erhalten; an Europa und an Asien würden großzügig Kredite gewährt, um dort die Völker gegen den Kommunismus zu stärken. Warum täten die Amerikaner nichts für Südamerika? Damit wurde die Frage vom wirtschaftlichen auf das politische Gebiet hinübergedrängt.

Die Konferenz von Chapultepec im Jahre 1945 sollte ein Anfang sein; sie sollte den Grundstein dafür legen, daß der ganze amerikanische Erdteil zu einer geistigen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einheit, „Westliche Hemisphäre“ genannt, verschmolzen würde. Auf militärischem Gebiet ist diese Absicht in weitem Umfang verwirklicht worden; auf der Rio-Konferenz des Jahres 1947 wurde die automatische Beistandsklausel eingeführt, die jeden Angriff auf das Gebiet eines amerikanischen Staates automatisch als Kriegshandlung gegen alle amerikanischen Republiken bezeichnet. Seitdem haben die USA sehr große Summen für die Ausrüstung der südamerikanischen Streitkräfte ausgeworfen. Die Flugwaffe wurde auf den neuesten Stand gebracht, unzählige Flugplätze wurden angelegt, die Küstenverteidigung verbessert, die Ausbildung vereinfacht. Zweifellos stellt die südamerikanische Wehrmacht heute im Falle eines Krieges eine sehr viel wirkungsvollere Kraft dar als während des zweiten Weltkrieges, als es noch keinerlei Küstenschutz gab. Damals hat nur Brasilien Truppen an die Front entsandt, zwei Divisionen nach Italien.

Äußerlich sichtbar wird der nordamerikanische Einfluß in den verschiedenen südamerikanischen Heeren in der Bewaffnung, in der Uniform, in den zahlreichen Besuchen sowohl hoher Offiziere wie von technischem Ausbildungspersonal. Auf die Südamerikaner, die sich vorläufig noch nicht irgendwie bedroht fühlen, macht dieses Hineindrängen der Nordamerikaner in ihre Wehrmacht keinen besonders günstigen Eindruck. Sie meinen, daß ihre Wehrmacht ihnen entgleitet und unter fremden Einfluß gerät. Diese Entwicklung wird um so peinlicher empfunden, als das Militär innerpolitisch noch eine entscheidende Stellung einnimmt. Das eigentliche Problem der Verteidigung gegen den Kommunismus aber liegt nicht in der Wehrmacht und den militärischen Waffen, sondern in der Stärkung der wirtschaftlichen Kräfte und in der Hebung des Lebensstandards der breiten Bevölkerung.

Die große Sorge, die fast alle südamerikanischen Republiken beschäftigt, ist die Inflation. In den zehn Jahren zwischen dem Kriegsausbruch 1939 und dem Jahre 1949 haben sich die Lebenshaltungskosten durchweg verzehnfacht. Seitdem haben sie sich im Durchschnitt nochmals verdoppelt. Bedrohlich ist das rasche Ansteigen der Preise in den beiden letzten Jahren insbesondere in Brasilien und Chile. Von Monat zu Monat verteuerte sich in diesen beiden Ländern die Lebenshaltung um 2 bis 3%. Dann gab es Monate, in denen die Preise von einer Woche zur anderen um 10% sprangen, so daß die breiten Massen von Verzweiflung erfaßt werden. Mühsam werden dann die Löhne wieder erhöht, um mit den wachsenden Kosten der Verpflegung Schritt zu halten. Der Staat muß eingreifen: er verfügt Mindestlöhne, um wenigstens nach unten gegen die schlimmste Not einen — wenn auch sehr fragwürdigen — Damm zu errichten.

Getragen wird die Inflation von zwei Faktoren: den hohen Staatsausgaben und den großzügigen Kredi-

ten, die die staatlichen oder halbstaatlichen, meist von politischen Einflüssen beherrschten Banken gewähren. Fast alle Regierungen haben große Aufbaupläne entworfen, die sie durchzuführen gedenken. Von der Schwerindustrie haben wir bereits gesprochen. Daneben haben viele südamerikanische Regierungen den Ehrgeiz, neue Industrien aus eigener Kraft zu schaffen, etwa die Erdölindustrie. Chile hat lange Zeit vergeblich nach Erdöl gebohrt, erst im Jahre 1948 wurden die Bohrungen fündig; damit stand es vor der Wahl, entweder ausländisches Kapital heranzuziehen oder die Bohrungen aus eigenen, also staatlichen Mitteln zu finanzieren.

Der Nationalismus der jungen Völker lehnt sich dagegen auf, die Schätze des eigenen Bodens dem Ausland auszuliefern und ihm die Ausbeutung der Reichtümer zu überlassen. Wir wissen, wie sich an diesem Streit auch in Asien, im Iran, ein jahrelanger Kampf entzündet hat. Chile hat sein Erdöl selbst gefördert, aber es steht heute vor der Notwendigkeit, ausländisches, also wohl nordamerikanisches Kapital maßgebend an der Erschließung des Bodens zu beteiligen, da ihm die Mittel ausgehen. Brasilien gibt sich noch der Hoffnung hin, sein Erdöl selbst gewinnen zu können. Dabei haben nordamerikanische Sachverständige festgestellt, daß zunächst 300 Mill. \$ in die Bohrungen hineingesteckt werden müßten, um die Fundstätten mit Erfolg zu erschließen. Geringere, mehr zufällige Bohrungen können dazu führen, daß die aufgewandten Summen sinnlos vertan werden. Aber woher sollen die 300 Mill. \$ kommen, die noch dazu vorwiegend für hochwertige ausländische Bohrgeräte, also in Devisen ausgegeben werden müssen? Die USA haben gewiß die beste Absicht, den Südamerikanern zu helfen, aber sie wollen nicht sinnlos Milliardenbeträge dafür ausgeben, daß eine haltlose Staatswirtschaft die Preise im Innern weiter in die Höhe treibt und daß auf diese Weise Milliardenbeträge den Spekulanten, vorwiegend den Grundstücks- und Bauspekulanten, in den Schoß geworfen werden. Wenn sie Südamerika auf die Beine stellen, so verlangen sie als Voraussetzung eine gründliche Umkehr in der inneren Währungs- und Wirtschaftspolitik.

#### DIE ABHÄNGIGKEIT VON DEN GRUNDSTOFFPREISEN

Auf der Rio-Konferenz im Quitandinhapalast 1954 stand die Kaffeefrage im Vordergrund. Brasilien hat auf Grund der Frostschäden im Paranatal die Kaffeepreise in Dollar auf das Zehnfache der Vorkriegspreise hinaufgetrieben. Inzwischen hat sich jedoch herausgestellt, daß die Kaffee-Ernten der Welt im vergangenen Jahr immer noch über dem tatsächlichen Verbrauch lagen, und die hohen Preise ließen sich nur halten, indem die brasilianische Regierung Ausfuhrmindestpreise erließ und jede Ausfuhr unter diesen willkürlich festgesetzten Sätzen verbot. Daher ist die Kaffeeausfuhr Brasiliens 1954 auf ein Mindestmaß zurückgegangen; der Finanzminister hat bereits erklärt, daß der Devisenmangel eine schwere Krise zur Folge haben müßte, aber noch verhindern die Kaffeeba-

rone des Staates São Paulo eine Preisgabe dieser Stützpolitik. Die Krise fand im August einen dramatischen Höhepunkt, als der Staatspräsident Getulio Vargas Selbstmord beging.

Nach brasilianischer Auffassung liegt der Kaffeeverbrauch der Welt nur deswegen so niedrig, weil eine maßlose Hetze gegen den Kaffee von interessierten Kreisen unterhalten wird. Die Brasilianer verlangen Maßnahmen aller amerikanischen Länder, um die Preise für Grundstoffe und Lebensmittel zu „stabilisieren“, also auf der heutigen Höhe zu halten. Ein Preissturz, behaupten sie, würde das soziale Gefüge fast aller südamerikanischen Länder derartig in Verwirrung bringen, daß kommunistische Unruhen nicht zu verhindern wären.

Wenn die „Westliche Hemisphäre“ Wirklichkeit werden und sich nicht in der Lieferung von Waffen und schönen Worten erschöpfen soll, dann müßte eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit die Grundstoffpreise festigen, die Lebenshaltungskosten senken, die Industrien ausweiten, neue Produktionsstätten erschließen, und es müßten großzügige Kredite über die gegenwärtige kritische Phase der Entwicklung hinweghelfen. Das würde darauf hinauslaufen, daß die USA sehr große Summen in den südamerikanischen Erdteil hineinpumpen müßten.

Von den Südamerikanern haben die zwei Staaten, die selbst über Ausfuhrüberschüsse verfügen und deren Währung deswegen zur Zeit gesichert ist, Uruguay und Venezuela, sich hinter die USA gestellt, als sie die Gründung einer südamerikanischen Bank ablehnten und darauf hinwiesen, es gäbe zwei Banken, die allen Anforderungen gewachsen wären, die Export- und Import-Bank der USA und die Weltbank, die dem Namen nach unter der Führung der Vereinten Nationen, in Wirklichkeit natürlich ebenfalls unter der Leitung der Nordamerikaner steht.

Brasilien behauptet zwar, zur Zeit diejenige Regierung zu besitzen, die seit Jahrzehnten die nordamerikafreundlichste sei. Tatsächlich herrscht in ganz Südamerika der Eindruck vor, daß die USA daran sind, ihre Politik zu überprüfen, die seit 1941 in Brasilien ihren stärksten Stützpunkt sah. Es gab offensichtliche Reibungen mit dem Präsidenten Getulio Vargas vor dessen Sturz und Selbstmord; auch heute noch gilt die Gründung der eigenen Erdölgesellschaft, der Petrobras, bei den Nordamerikanern als Ausfluß eines engherzigen Nationalismus. Die Kaffeepreise drücken besonders den nordamerikanischen Kaffeetrinker und verhindern, daß die Regierung in Washington Brasilien große finanzielle Unterstützung gewährt, die der Verteidigung dieser Preise zugute käme. Auch die privaten Ausbaupläne nordamerikanischer Automobilunternehmen in Brasilien sind ins Stocken gekommen. Die Montagehalle von General Motors in São Paulo, die sehr viele Teile auch selbst herstellt, arbeitet nur mit der halben Leistungsfähigkeit wie noch vor drei Jahren. Der Plan einer neuen Automobilfabrik des Unternehmers Kaiser kommt nicht vorwärts. Teil-

weise sind deutsche Firmen mit großen Montageplänen eingesprungen, das Volkswagenwerk und Mercedes Benz, Mannesmann sind dabei, in Belo Horizonte ein einzigartiges Stahl- und Röhrenwerk zu errichten, das 1955 vollendet werden soll. Offensichtlich zeigen die Brasilianer den Nordamerikanern die Gefahr, sie könnten sich den großen Markt eines Volkes von 54 Millionen mit einer jährlichen Wachstumsrate von über einer Million Köpfen entgehen lassen. Dafür wenden die Nordamerikaner ihr Augenmerk wieder Argentinien zu, das sie lange Jahre aus innerpolitischen Gründen vernachlässigt haben. Drei Jahre litt die Republik am La Plata-Strom unter ungewöhnlichen Mißernten; eigenartigerweise haben aber gerade diese Rückschläge dazu geführt, daß der Staat alle himmelstürmenden Ausbaupläne zurückstellte, und sofort trat, wenn auch auf unterer Ebene, eine Beruhigung ein. Die Währung hielt sich drei Jahre lang stabil, die Preise und Löhne wurden gehalten. Erst die gute Ernte des vergangenen Jahres gab die Möglichkeit, die Löhne durch politischen Eingriff um rund 15 % zu erhöhen, aber sofort gingen die Preise um 20 % in die Höhe.

Argentinien bietet den Nordamerikanern die volle Beteiligung an verschiedenen wichtigen Objekten an. Die künftigen Stahlwerke in San Nicolas sollen gemeinsam mit dem Ausland errichtet und betrieben werden. Das Eisenerz soll aus den neu erschlossenen Fundstätten an der bolivianisch-paraguayischen Grenze kommen. Argentinien will auch seine Erdölbohrungen verstärken und erwartet dabei die Unterstützung der Nordamerikaner. Unter Preisgabe der einseitig nationalistischen Einstellung soll also das ausländische Kapital sehr viel stärker als bisher herangezogen werden. Der Versuch, die Gegenwart zu belasten, um die Zukunft nicht zu verpfänden, alles aus eigener Kraft zu leisten, um dann keinen ausländischen Partner zu haben, scheint aufgegeben zu werden. Gesetzlich wird die Anlage ausländischen Kapitals gefördert, insbesondere wird die Zahlung von Zinsen und Gewinnen an das Ausland erleichtert. Eine ähnliche Wende finden wir in Chile. Dort strebt die Inflation neuen Höhepunkten zu. Der Staatshaushalt ist unausgeglichen; einer Einnahme von 80 Mrd. Pesos stehen geplante Ausgaben von 120 Mrd. gegenüber, und wenn mancher Posten zunächst gestrichen oder irgendwie versteckt wird, so ist die Lage für den Finanzminister nahezu hoffnungslos. Noch schlimmer sieht die Devisenbilanz aus. Den zu erwartenden Einnahmen stehen fast doppelt soviel angeblich unentbehrliche Einfuhrforderungen gegenüber. Angesichts dieser unhaltbaren Lage und bei der mangelnden Bereitschaft der Parteien, durchgreifende Änderungen herbeizuführen, ist die Regierung Anfang Januar zurückgetreten.

Inzwischen hat sich jedoch eine eigenartige, vielleicht Geschichte machende Änderung angebahnt. Der chilenische Staat hat mit den ausländischen Salpetergesellschaften einen Vertrag abgeschlossen, der die Neu-

anlage von 35 Mill. £ in der chilenischen Salpeterindustrie unter der Bedingung vorsieht, daß die gesamte Gesetzgebung über diese Gesellschaften, ihre Erträge und ihre Betätigung sowie die Überweisung von Gewinnen und Zinsen aus dem Ausfuhrergebnis ihrer Erzeugnisse in das Ausland dem chilenischen Parlament entzogen und auf eine völkerrechtliche Basis gestellt wird. Chile verzichtet also in einem festumrissenen Bereich auf seine Souveränität und seine Hoheitsrechte gegenüber diesen ausländischen Gesellschaften. Deswegen können diese sich auf chilenischem Boden betätigen, ohne befürchten zu müssen, in den Strudel der Währungswirren oder der politischen Meinungskämpfe oder großer Sozialreformen hineingerissen zu werden.

Das ist die gleiche Befürchtung, die das nordamerikanische Kapital hindert, sich in Bolivien festzulegen, wo eine revolutionäre Bewegung unter Paz Estensoro den Arbeitermassen eine Besserung des Lebensstandards verspricht, obwohl die Voraussetzung einzig in der verstärkten Ausfuhr liegen kann, denn nur sie bringt die Devisen in das Land, um an die technische Umgestaltung der Wirtschaft herangehen zu können. Bolivien lebt vom Zinn, das immer noch 68 % der Ausfuhr ausmacht (neben anderen Erzen wie Wolfram, Zink, Blei und Silber, die weitere 26 % der Ausfuhr stellen). Die Zinngruben sind verstaatlicht, die Ausfuhr stockt, da die Weltmarktpreise die gestiegenen Förderungskosten kaum mehr voll decken. Würde jedoch die Ausfuhr ganz zum Erliegen kommen, wenn die Weltmarktpreise absinken, wäre eine schwere Arbeitslosigkeit und darüber hinaus eine völlige Lähmung der geringen eigenen Industrie aus Mangel an Maschinen und Zulieferungen nicht zu umgehen.

In Peru steht die Ausfuhr von Baumwolle und Zucker, den beiden bedeutendsten landwirtschaftlichen Erzeugnissen der Küstenzone, weit voran; zusammen machen sie etwa die Hälfte der peruanischen Ausfuhr aus. Es wäre jedoch falsch annehmen zu wollen, diese Erzeugnisse könnten im Notfalle auch vom inneren Markt aufgenommen werden. Dazu ist weder der heimische Verbrauch noch die nationale Industrie in der Lage. Eine Zeitlang glaubte Peru, in Chile einen auf die Dauer gesicherten Absatzmarkt für Zucker zu besitzen, aber neuerlich bemüht sich der südliche Nachbar, im eigenen Lande genügend Zuckerrüben anzupflanzen, um sich von der Einfuhr von Zuckerrohr aus Peru freizumachen.

Viele der südamerikanischen Pläne einer engeren Zusammenarbeit der Nachbarn untereinander scheitern an der leidigen Devisenfrage, so daß der Austausch, selbst da, wo er begonnen wurde, immer wieder abgebrochen und zugunsten einer engräumigen Autarkie preisgegeben wird. Ähnlich ging es dem argentinisch-brasilianischen Abkommen, wonach Argentinien sich verpflichtete, seinen Anbau an Matete nicht auszuweiten, wofür Brasilien auf die künstliche Steigerung des Weizenanbaus verzichtete. Sobald Spannungen in der Devisenbilanz eintreten, stockt der Warenaustausch, da keine Reserven vorhanden sind, um vor-

übergehende Spannungen auszugleichen. Dann wird wieder die Selbstversorgung angestrebt.

Für Paraguay liegen die Verhältnisse insofern einfacher, als seine ganze Ausfuhr leicht vom großen Markt Buenos Aires aufgenommen und verbraucht werden könnte, bis auf solche Ausfuhrgegenstände wie Quebracho, die jederzeit auf den Weltmärkten Absatz finden. Der innere Markt ist nicht groß, so daß er von der argentinischen Industrie mitbeliefert werden könnte, zumal ein Viertel der paraguayischen Einfuhr auf Lebensmittel entfällt. Daher sehen die Brasilianer mit Mißtrauen die argentinischen Versuche, Paraguay enger an sich heranzuziehen; sie hoffen, durch den Bau einer Eisenbahnlinie vom Atlantik bis Asuncion dieses Land enger an sich zu binden.

Die Rivalität zwischen Argentinien und Brasilien bestimmt auch die Haltung Uruguays, das sich von seinem südlichen Nachbarn trotz der blutsmäßigen Verwandtschaft und der gleichen Sprache stets bedroht fühlt und dieses Gefühl nicht selten durch scharfe Angriffe über den La Plata-Strom nach Süden zum Ausdruck bringt, zumal es in seinen wichtigsten Ausfuhrgegenständen, Wolle, Fleisch und Häuten, im scharfen Wettbewerb zu Argentinien steht. Eine engere Zusammenarbeit, sei es auf wirtschaftlichem oder auf politischem Gebiet, mit irgendeinem seiner beiden übermächtigen Nachbarn fällt Uruguay sehr schwer, zumal es auch in seinem innerpolitischen Aufbau, in der starken Betonung der Demokratie, einen Gegensatz zu den Großreichen im Norden und Süden darstellt. Uruguay neigt, schon aus handelspolitischen Gründen, stärker nach Europa, insbesondere nach England, als nach Nordamerika.

Getrennt von der Welt der ABC-Staaten und der südlichen Republiken gehören Kolumbien und Venezuela zum Karibischen Meer und damit stark in das Interessengebiet der USA. Kolumbien hat den alten Streit wegen der gewaltsamen Abtrennung der Republik Panama vergessen. Der nordamerikanische Einfluß hat die Küstenprovinzen, insbesondere Antioquia und Medellín, rasch aufblühen lassen. 80 % der Ausfuhr entfallen auf den Kaffee, der wiederum zu 80 % nach den USA ausgeführt wird. Durch diese einseitige Blickrichtung löst sich die Republik aus dem übrigen Südamerika und gliedert sich den mittelamerikanischen Staaten ein. Als Kaffeeland hat Kolumbien viele gemeinsame Interessen mit Brasilien, gleichzeitig ist es dessen stärkster Wettbewerber auf dem nordamerikanischen Markt. Als Brasilien 1954 die gesetzlichen Mindestausfuhrpreise festsetzte, kehrte sich das Verhältnis des Kaffeeverbrauchs in den USA um. Hatte bisher Brasilien rund zwei Drittel und Kolumbien nur ein Drittel des eingeführten Kaffees dorthin geliefert, so steigerten sich die kolumbianischen Einfuhren auf zwei Drittel, während die brasilianischen entsprechend abnahmen. Gibt Brasilien seine Kaffeepolitik auf, ist ein ganz schwerer Preiskampf der beiden Länder auf dem nordamerikanischen Markte zu erwarten, insbesondere da Mexiko anstrebt, binnen dreier Jahre die kolumbianische Erzeugung von

heute 6 Mill. Sack zu übertreffen, während es im vergangenen Jahre erst 1 Mill. Sack ausführte.

Venezuela ist durch die überragende Stellung des Erdöls in eine Sonderlage gedrängt. Das Land hat zwar keine Schulden, aber auch kaum eine Industrie, selbst die Landwirtschaft kämpft gegen die hohen Selbstkosten. Die Pläne, eine eigene Stahlindustrie zu errichten, lassen sich auch nur durch ausländisches Kapital verwirklichen. Der Einfluß der Nordamerikaner ist daher maßgebend, obwohl die von Militärs gebildete Regierung national eingestellt ist und sich bemüht, die Kräfte des Landes zu fördern. Sie ist jedoch nicht bereit, die vorhandenen Devisenschätze den anderen südamerikanischen Ländern zum Ausbau ihrer Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, wie sich auch auf der Konferenz im Quitandinhapalast 1954 gezeigt hat. Auch die Pläne, die vor anderthalb Jahrzehnten Getulio Vargas entwickelte, die Anrainerstaaten des Amazonasbeckens zu einer politischen Gemeinschaft zusammenzufassen, sind aufgegeben worden. Die verschiedenen Andenstaaten blicken nicht in das Innere des Erdteils, sondern auf das Weltmeer. Die Küstenprovinzen sind viel zu mächtig, als daß sie sich von den Interessen der Gebiete jenseits der Andenkette lenken oder auch nur beeinflussen ließen.

#### DIE ÜBERWINDUNG DES SCHWEBEZUSTANDS

Das Problem aller südamerikanischen Länder bildet die möglichst reibungslose Überwindung des gegenwärtigen Schwebezustandes, der sich aus dem Übergang der Abhängigkeit von den Weltmärkten zu einem Industriestaat ergibt, eine Krise, die durch die ungewöhnliche Verstärkung noch verschärft wird. In Uruguay leben über 1 Mill. Einwohner von insgesamt 2,5 Millionen in der einen Stadt Montevideo. In Buenos Aires und der näheren Umgebung wohnen 5,5 Millionen Menschen, in São Paulo und den eng benachbarten Industriestädten wie Caetano do Sul und Santo André ist die Einwohnerzahl auf 3,5 Millionen angestiegen. Dabei sind die meisten Städter in den letzten zehn Jahren zugewandert.

Es wird noch Jahre vergehen, bis die Aufgaben gelöst worden sind, die sich aus dieser ungewöhnlichen Zusammenballung der Millionenmassen auf engem Gebiet ergeben. Ohne ausländische Hilfe sind sie nicht zu meistern. Eine wesentliche Unterstützung kann auch nicht aus den Nachbarländern kommen; nur die großen Industrieländer sind in der Lage, die unbedingt erforderlichen Verkehrsmittel und Anlagen zu liefern. Wenn diese Aufgaben nicht gelöst werden, ist eine schwere soziale und damit politische Krise unvermeidlich. Vielleicht vertrauen manche südamerikanischen Politiker zu stark darauf, daß auf Grund dieser Gefahr die Nordamerikaner ihre starre Haltung in bezug auf großzügige Kreditgewährung aufgeben werden. Die Drohung mit der kommunistischen Gefahr findet bei den verantwortlichen nordamerikanischen Staatsmännern kein günstiges Gehör. Vielleicht rechnen sie damit, daß die politischen Bindungen und die militärische Zusammenarbeit genügen; vielleicht

hoffen sie, daß in einer echten Krise viele übertriebene Staatsausgaben preisgegeben werden und die ungesunde Währungspolitik aufgegeben wird.

Für Deutschland ist angesichts dieser Lage eine sorgfältige Beobachtung des südamerikanischen Marktes notwendig. Es bietet sich eine große Möglichkeit, die nicht versäumt werden darf, aber auch eine gefährliche Versuchung, voreilig den Platz einzunehmen, den

die Nordamerikaner aus echter Sorge um die künftige Entwicklung freiwillig räumen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Industrieland Deutschland und dem unermeßlich reichen, vorläufig noch unentwickelten Rohstoffgebiet Südamerika bietet beiden Seiten sehr große Vorteile, aber sie setzt verständnisvollen Ausgleich und offene Erkenntnis der gegenseitigen Möglichkeiten voraus.

**Summary:** The "Western Hemisphere." To analyze the relations between the South American states and between South and North America, the author begins with the statement that only the military ties had become closer in recent years while political relations had not changed and economic relations were even suffering from growing tension. Economically, postwar developments have led the raw material-supplying countries in South America from the height of their foreign exchange reserves accumulated during the last war, via a brief recovery due to the Korean boom, into a grave general crisis which they cannot master without help from outside. The realization of their partly very ambitious industrialization plans depends on the proceeds of their exports of farm produce and raw materials, and these are determined by the price situation on world markets. Any attempts at intensifying commerce between South American states have proved rather unsuccessful, so the decisive remedies are expected to come from Washington which was appropriating large investment funds and grants-in-aid to Asia and Europe while South America was getting practically nothing. On the other hand, the USA's willingness to help is unfavourably affected by the unstable financial position in many South American states, with no safeguards that good use will be made of the money, as well as by illiberal nationalism in industrialization policy, which restricted if not fully prevented the influx of foreign capital in the past. In the author's view, a grave social and political crisis will be inevitable in South America unless adequate assistance is granted by the industrial states. At the same time, he warns against Germany rashly trying to take the position vacated voluntarily by North America out of genuine concern over the future development.

**Résumé:** L'hémisphère Occidentale. Dans son analyse des relations mutuelles entre les états de l'Amérique Latine et de leurs rapports avec les Etats-Unis l'auteur part de la constatation que les années dernières ont renforcé uniquement les liens militaires entre le Nord et le Sud, tandis que dans le domaine des relations politiques et économiques les tensions ont augmenté progressivement. Après 1945 les pays du Sud, producteurs de matières premières, ayant formé, pendant la guerre, des réserves en devises, se sont enlisés dans une grave crise générale que le boom causé par le conflit de Corée n'a pu freiner que temporairement. Ces pays ne sont pas en état de surmonter cette crise de leurs propres moyens. Le progrès de leurs programmes d'industrialisation souvent fort ambitieux dépend des recettes de leurs exportations de matières premières et de produits agricoles dont l'instabilité des prix est causée par les fluctuations aux marchés mondiaux. Les mesures prises en vue d'augmenter et de stabiliser les relations commerciales mutuelles entre les pays du Sud n'ont guère eu du succès, ainsi attend-on que l'aide décisive sera assurée par Washington à qui l'on reproche d'avoir négligé l'Amérique du Sud en faveur de l'Asie et de l'Europe, car ces deux continents ont bénéficié des investissements massifs et de l'aide financière des Etats-Unis. Il est vrai que Washington hésite, eu égard 1. aux finances publiques désorganisées de nombreux pays du Sud qui ne peuvent pas garantir la rentabilité des capitaux demandés; 2. aux tendances étroitement nationalistes démontrées dans l'industrialisation et allant jusqu'au refus de capitaux privés étrangers. Bien que l'auteur arrive à la conclusion que les pays industriels de l'Amérique du Sud vont subir une crise politique et sociale si l'assistance nécessaire ne leur sera pas fournie, il met cependant en garde la République Fédérale de ne pas occuper, en Amérique du Sud, avec trop de hâte la place que les Etats-Unis, soucieux de l'avenir, abandonnent délibérément.

**Resumen:** El "Hemisferio Occidental". El análisis de las relaciones entre los Estados sudamericanos mismo y las con los EE. UU. parte de la constatación de que durante los últimos años solamente las relaciones militares han llegado a ser más estrechas, mientras las conexiones políticas han quedado inalteradas y que los vínculos económicos sufren de tensiones crecientes. Después de la guerra, el camino económico de los Estados sudamericanos produciendo materias primas, condujo de la altura de grandes reservas de divisas, acumuladas durante la última guerra mundial, a través de un breve lapso de reposo debido al Boom de Corea, a una severa crisis. La realización de sus planes de industrialización, en parte muy ambiciosos, depende de los ingresos que resultan de sus exportaciones de materias primas y los del sector agrario, los cuales quedan determinados por los precios en el mercado mundial. Todos los ensayos de intensificar el comercio exterior de los Estados sudamericanos entre sí, no han sido muy eficaces, de manera que se espera la decisiva ayuda de Washington que se censura por los importantes inversiones y la ayuda dados a Europa y Asia, mientras la América latina prácticamente no ha recibido nada. La asistencia de los EE. UU. queda limitada por la caótica situación financiera en muchos países sudamericanos, que no pueden garantizar un empleo provechoso de los fondos, así como por la mezquindad nacionalista respecto de la industrialización que hasta ahora dificultaba el aporte de capital extranjero, si no lo impedía por completo. El autor opina que sin una suficiente ayuda a los países industriales en la América latina una severa crisis social y política debería desarrollarse en la América del Sur. Al mismo tiempo advierte a Alemania que no se apreste precipitadamente para ocupar el lugar que América del Norte está evacuando voluntariamente por preocupación en cuanto al futuro desarrollo.